

Herausgeber:
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR
DIE VEREINTEN NATIONEN e.V.

Zimmerstraße 26/27 10969 Berlin

Tel. (030) 259375-0

Fax: (030) 25937529

E-Mail: info@dgvn.de

Web: www.dgvn.de



BLAUE REIHE Nr. 112

**Robuste Menschen -
Robuster Planet**
Für eine lebenswerte Zukunft

Bericht der Hochrangigen Gruppe
zu Globaler Nachhaltigkeit des
Generalsekretärs der Vereinten Nationen

ÜBERBLICK

IMPRESSUM

United Nations Association of Germany
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel. (030) 259375-0
Fax: (030) 25937529
E-Mail: info@dgvn.de
Web: www.dgvn.de

Englischer Titel:
Resilient People Resilient Planet - A Future Worth Choosing
Übersetzung: Petra Löffler
Redaktion: Ulrich Keller
Berlin, 2012
ISSN1614-547X

Schutzgebühr: 1,50

Inhalt

DIE VISION DER KOMMISSIONSMITGLIEDER	3
ZUSAMMENFASSUNG DER KAPITEL DES BERICHTS	7
DIE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION	9
AKTIONSAUFRUF	16
HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUR HOCHRANGIGEN GRUPPE ZU GLOBALER NACHHALTIGKEIT	16
WEITERE INFORMATIONEN ZUR ARBEIT DER KOMMISSION	17

Der Bericht der Hochrangigen Gruppe zu globaler Nachhaltigkeit mit dem Titel "Robuste Menschen, robuster Planet: Für eine lebenswerte Zukunft", besteht insgesamt aus sechs Kapiteln:

Kapitel I - Die Vision der Kommissionsmitglieder;

Kapitel II – Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung;

Kapitel III – Menschen stärken, damit sie nachhaltige Entscheidungen treffen können;

Kapitel IV – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft;

Kapitel V – Stärkung institutioneller Steuerung; und

Kapitel VI - Schlussfolgerung: Ein Aktionsaufruf.

Der vorliegende Überblick gibt Kapitel I des Kommissionsberichts wieder. Die Zusammenfassung der Kapitel und der Aktionsaufruf sind dem Kurzbericht entnommen. Die Empfehlungen der Kommission sind in vollem Umfang wiedergegeben.

Ausschlussklärung: Die Kommissionsmitglieder schließen sich dem Bericht an und teilen im Allgemeinen dessen Untersuchungsergebnisse. Die Kommissionsmitglieder sind der Auffassung, dass die Botschaft dieses Berichts sehr wichtig ist. Die Empfehlungen und die Vision repräsentieren den von den Kommissionsmitgliedern erreichten Konsens, jedoch spiegelt nicht jede im Bericht vertretene Auffassung die Meinung jedes einzelnen Mitglieds wider. Die Kommissionsmitglieder haben naturgemäß unterschiedliche Perspektiven zu manchen Problemstellungen. Hätte jedes Kommissionsmitglied den Bericht persönlich verfasst, hätte er oder sie möglicherweise andere Begriffe für vergleichbare Standpunkte verwendet. Die Kommissionsmitglieder sehen einem breiten öffentlichen, durch den Bericht ausgelösten Dialog und einer Stärkung des gemeinsamen Bestrebens zur Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung erwartungsvoll entgegen.

Eine Vervielfältigung ist bei Angabe der Quelle erlaubt.

Vorgeschlagene Zitierung: Hochrangige Gruppe des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu globaler Nachhaltigkeit (2012). Robuste Menschen, robuster Planet: Für eine lebenswerte Zukunft, Überblick. New York: Vereinte Nationen.

30. Januar 2012

DIE VISION DER KOMMISSIONSMITGLIEDER

1. Unser Planet und unsere Welt durchleben heute die beste und die schlechteste aller Zeiten. Die Welt lebt in beispiellosem Reichtum, während der Planet noch nie dagewesenen Belastungen ausgesetzt ist. Ungleichheit zwischen den Reichen und den Armen der Welt wächst, und über eine Milliarde Menschen leben noch immer in Armut. In vielen Ländern gibt es ansteigende Protestwellen, welche das universelle Streben nach einer reicheren, gerechteren und nachhaltigeren Welt widerspiegeln.
2. Jeden Tag treffen Menschen, Unternehmen und Regierungen Millionen von Entscheidungen. In all diesen Entscheidungen liegt unsere gemeinsame Zukunft. Aufgrund der Vielfalt der sich überschneidenden Herausforderungen, vor denen die Welt steht, ist es dringlicher denn je, unser Handeln an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Es ist nun Zeit für konkrete globale Maßnahmen, die Menschen, Märkte und Regierungen befähigen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.
3. Die Notwendigkeit der Integration der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen von Entwicklung, um Nachhaltigkeit zu erreichen, wurde vor einem Vierteljahrhundert klar zum Ausdruck gebracht. Es ist nun Zeit, dass dies auch geschieht. Die Chancen für einen Wandel sind sehr groß. Wir sind keine passiven Opfer unpersönlicher, deterministischer Kräfte der Geschichte. Das Aufregende daran ist, dass wir unsere Zukunft selbst wählen können.
4. Die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, sind groß, aber das sind auch die neuen Möglichkeiten, die sich auftun, wenn wir die alten Probleme mit neuen Augen betrachten. Zu diesen Möglichkeiten gehören Technologien, die in der Lage sind, die Begrenzungen des Planeten zu überwinden; neue Märkte, neues Wachstum und neue Arbeitsplätze, die durch bahnbrechende Produkte und Dienstleistungen entstehen; und neue Ansätze für öffentliche und private Finanzierung, die Menschen wirkungsvoll aus der Armutsfalle befreien können.
5. Es trifft zu, dass nachhaltige Entwicklung im Wesentlichen eine Frage der Chancen ist, die Menschen haben, um ihre Zukunft zu beeinflussen, ihre Rechte einzufordern und ihre Belange zu äußern. Demokratische Regierungsführung und die uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass Menschen nachhaltige Entscheidungen treffen können. Die Völker der Welt werden die fortdauernde Umweltzerstörung und auch die anhaltende Ungleichheit, die ein grober Verstoß gegen das allgemeine Prinzip der sozialen Gerechtigkeit sind, einfach nicht mehr tolerieren. Bürger werden nicht mehr hinnehmen, dass Regierungen und Unternehmen den Pakt mit ihnen als Treuhänder einer nachhaltigen Zukunft für alle brechen. Allgemeiner formuliert, muss sich internationale, nationale und lokale Regierungsführung vollkommen an den Anforderungen einer Zukunft der nachhaltigen Entwicklung ausrichten, wie auch die Zivilgesellschaft und der private Sektor. Gleichzeitig müssen Gemeinden ermutigt werden, aktiv und beständig nachhaltige Strategien zu entwickeln, zu planen und durchzuführen. Von zentraler Bedeutung ist dabei, junge Menschen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft mit einzubeziehen.
6. Daher beinhaltet die langfristige Vision der Hochrangigen Gruppe zu globaler Nachhaltigkeit die Beseitigung von Armut, die Verminderung von Ungleichheit, die Beteiligung von mehr Menschen am Wachstum, nachhaltigere Produktion und Konsum, bei gleichzeitiger Bekämpfung des Klimawandels und der Beachtung weiterer Begrenzungen des

Planeten. Damit wird der wegweisende Bericht von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987, "Unsere gemeinsame Zukunft" (UN-Dokument A/42/427, Anhang) bekräftigt, der allgemein als Brundtland-Bericht bekannt ist.

7. Aber was muss dann getan werden, um eine tatsächliche Veränderung für die Menschen der Welt und für den Planeten zu bewirken? Wir müssen die Ausmaße der Herausforderung begreifen. Wir müssen erkennen, dass die Katalysatoren dieser Herausforderung nicht nachhaltige Lebensstile, Produktionsweisen und Konsumverhalten sowie die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums beinhalten. Da die Weltbevölkerung bis 2040 von sieben auf nahezu neun Milliarden anwachsen und die Anzahl der Konsumenten aus der Mittelschicht in den kommenden zwanzig Jahren um drei Milliarden ansteigen wird, nimmt auch die Nachfrage nach Ressourcen exponentiell zu. Bis 2030 wird der Nahrungsmittelbedarf der Welt um mindestens 50 Prozent, der Energiebedarf um 45 Prozent und der Wasserbedarf um 30 Prozent wachsen – und all dies in einer Zeit, da ökologische Begrenzungen dem Angebot neue Beschränkungen auferlegen. Dies gilt nicht zuletzt für den Klimawandel, der Einfluss auf alle Aspekte der Gesundheit der Menschen und des Planeten hat.
8. Das gegenwärtige globale Entwicklungsmodell ist nicht nachhaltig. Wir können nicht länger von der Annahme ausgehen, dass unsere kollektiven Handlungen keine Auslöser für Kipp-Punkte sind, wenn wir ökologische Schwellenwerte überschreiten und riskieren, dass dem Ökosystem und den menschlichen Gemeinschaften irreversibler Schaden zugefügt wird. Gleichzeitig sollten diese Schwellenwerte jedoch nicht dazu genutzt werden, um Entwicklungsländern, die ihr Volk aus der Armut befreien wollen, willkürliche Obergrenzen aufzuerlegen. In der Tat laufen wir Gefahr, bis zu drei Milliarden Mitglieder der menschlichen Familie zu einem Leben in endemischer Armut zu verdammen, wenn wir keine Lösung für dieses Dilemma der nachhaltigen Entwicklung finden. Keines dieser beiden Resultate ist akzeptabel, und wir müssen nach einem neuen Weg suchen.
9. Vor einem Vierteljahrhundert stellte der Brundtland-Bericht der internationalen Gemeinschaft das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als neues Paradigma für Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit vor. Im Bericht wurde argumentiert, dass nachhaltige Entwicklung durch einen integrierten Politikrahmen, der alle drei dieser Säulen umfasst, erreicht werden könne. Der Brundtland-Bericht hatte damals Recht und hat es auch heute noch. Das Problem ist nur, dass 25 Jahre später nachhaltige Entwicklung weiterhin eher ein allgemein akzeptiertes Konzept ist, als das es alltäglich an Ort und Stelle praktische Realität geworden ist. Die Kommission hat sich gefragt, weshalb dies so ist und was man jetzt tun kann, um dies zu ändern.
10. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass es darauf zwei mögliche Antworten gibt. Beide sind richtig, und sie stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Zweifellos mangelt es an politischem Willen für nachhaltige Entwicklung. Es ist zwar schwer, Argumente gegen das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung anzuführen, doch gibt es auch wenige Anreize, sie in die Praxis umzusetzen, wenn unsere Strategien, unsere Politik und unsere Institutionen überproportional kurzfristig ausgerichtet sind. Mit anderen Worten ist der politische Erfolg langfristig, oft generationenübergreifend, die politische Herausforderung jedoch unmittelbar.
11. Es gibt noch eine weitere Antwort auf die Frage, weshalb nachhaltige Entwicklung nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Und diese Antwort vertreten wir leidenschaftlich: Das

Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird noch nicht in die generelle Debatte über nationale und internationale Wirtschaftspolitik integriert. Die meisten ökonomischen Entscheidungsträger sind noch immer der Meinung, dass nachhaltige Entwicklung nicht zu ihren Kernaufgaben gehört, die sie im Bereich der makroökonomischen Steuerung und in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik haben. Doch gerade die Integration von ökologischen und sozialen Problemen in wirtschaftliche Entscheidungen ist maßgebend für den Erfolg.

12. Zu lange schon reden Ökonomen, soziale Aktivisten und Umweltwissenschaftler einfach aneinander vorbei – fast, als ob sie unterschiedliche Sprachen oder zumindest verschiedene Dialekte sprächen. Es ist an der Zeit, die Disziplinen zu vereinen, eine gemeinsame Sprache für nachhaltige Entwicklung zu finden, welche die sich bekämpfenden Lager übergreift – mit anderen Worten, das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung in die allgemeine Wirtschaft einzubringen. So wird es Politikern und politischen Entscheidungsträgern wesentlich schwerer fallen, sie zu ignorieren.
13. Aus diesem Grund argumentiert die Kommission, dass die internationale Gemeinschaft etwas braucht, was manche "eine neue politische Ökonomie für nachhaltige Entwicklung" nennen. Dies bedeutet zum Beispiel: Die Nahtstelle zwischen Umweltwissenschaften und Politik grundlegend zu verbessern und zu erkennen, dass es in bestimmten wissenschaftlichen Bereichen wie dem Klimawandel ein "Marktversagen" gibt, das sowohl eine Regulierung erfordert als auch die Einbeziehung dessen, was Ökonomen als "externe Umweltkosten" bezeichnen, und gleichzeitig die ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten des Handelns und des Nichthandelns ausdrücklich benannt werden müssten; die Bedeutung von Innovation, neuen Technologien, internationalen Kooperationen und Investitionen als Reaktion auf diese Probleme und zur Schaffung größeren Wohlstands anzuerkennen; zu erkennen, dass eine Herangehensweise zur Bewertung der wirtschaftlichen Kosten von dauerhafter sozialer Ausgrenzung vereinbart werden sollte – zum Beispiel für die Kosten, die durch die Ausgrenzung von Frauen am Arbeitsmarkt entstehen; zu erkennen, dass private Märkte allein möglicherweise nicht in der Lage sein werden, in dem Umfang Lebensmittel zu erzeugen, die als ausreichende Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise erforderlich wäre und von den internationalen Agenturen, nationalen Regierungen und privaten Unternehmen zu verlangen, über ihren jährlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung, gemessen an vereinbarten Nachhaltigkeitsmaßnahmen, zu berichten. Wir müssen auch erkennen, dass dies eine Kernaufgabe der Politik selbst ist. Wenn der politische Prozess nicht in der Lage ist, sich das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung zu eigen zu machen, kann es keinen Fortschritt geben.
14. Für nachhaltige Entwicklung und die Beseitigung von Armut sind Investitionen, Innovationen, technische Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Ausmaß notwendig, das der öffentliche Sektor nicht bereitstellen kann. Daher plädiert die Kommission dafür, die Macht der Wirtschaft zu nutzen, um nachhaltiges Wachstum für alle zu schaffen und Wert jenseits der engen Vorstellungen von Wohlstand zu schöpfen. Märkte und Unternehmertum werden hier treibende Kraft für Entscheidungsfindung und wirtschaftlichen Wandel sein. Und die Kommission fordert unsere Regierungen und internationalen Institutionen auf, für eine bessere Zusammenarbeit bei der Lösung gemeinsamer Probleme zu sorgen und gemeinsame Interessen voranzutreiben. Bedeutsame Veränderungen sind möglich, wenn die Akteure willens sind, gemeinsam zukunftsorientierte Koalitionen einzugehen und eine führende Rolle zu übernehmen, um zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen.

15. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass wir das Konzept der nachhaltigen Entwicklung vom Rand ins Zentrum der globalen Debatte über wirtschaftliche Fragen rücken können, wenn wir uns eine neue Herangehensweise zu eigen machen und eine politische Ökonomie der nachhaltigen Entwicklung voranbringen. Dadurch werden die Kosten, sowohl für das Handeln, als auch für das Nichthandeln, transparent. Nur dann wird der politische Prozess in der Lage sein, sowohl die Argumente und den politischen Willen aufzubringen, der für ein Eintreten für nachhaltige Entwicklung notwendig ist.
16. Die Kommission ruft zu dieser neuen Herangehensweise der politischen Ökonomie für nachhaltige Entwicklung auf, um den Herausforderungen, die eine nachhaltige Entwicklung mit sich bringt, neu und pragmatisch zu begegnen. Dass nachhaltige Entwicklung richtig ist, liegt auf der Hand. Unsere Herausforderung besteht darin zu zeigen, dass sie auch rational ist — und dass die Kosten weitaus höher sind, wenn wir nichts tun, statt zu handeln.
17. Der Bericht der Kommission spricht eine Reihe konkreter Empfehlungen aus, um unsere Vision eines nachhaltigen Planeten, einer gerechten Gesellschaft und einer wachsenden Wirtschaft voranzutreiben:
 - a. Entscheidend ist, dass wir uns eine neue, verknüpfte Betrachtungsweise von Nahrungsmitteln, Wasser und Energie zu eigen machen und vom „Silo-Denken“ abkommen. Alle drei Bereiche müssen ganzheitlich und nicht separat behandelt werden, wenn wir die weltweite Nahrungsmittelkrise bekämpfen wollen. Es ist Zeit für eine zweite grüne Revolution — eine „fortdauernde grüne Revolution“ — welche zu einer Verdoppelung der Erträge führt, jedoch auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit aufbaut.
 - b. Es wird Zeit für entschlossene Anstrengungen, die Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken, darunter der Start einer bedeutenden wissenschaftlichen Initiative. Wir müssen mit Hilfe der Wissenschaft definieren, was Wissenschaftler als „Grenzen des Planeten“, „ökologische Schwellenwerte“ und „Kipp-Punkte“ bezeichnen. Dabei sollten die derzeitigen Probleme der Meeresumwelt und Küstengewässer und der „Blue Economy“ vorrangig behandelt werden.
 - c. Die meisten Güter und Dienstleistungen, die heute verkauft werden, enthalten nicht die vollständigen ökologischen und sozialen Kosten von Produktion und Konsum. Die Wissenschaft kann die Grundlage dafür schaffen, dass wir im Laufe der Zeit einen Konsens über Methoden erreichen, zutreffende Preise zu bestimmen. Externe Umweltkosten zu berücksichtigen, kann neue Möglichkeiten für grünes Wachstum und grüne Jobs eröffnen.
 - d. Zur Bekämpfung gesellschaftlicher Ausgrenzung und größer werdender sozialer Ungleichheit muss man auch diese messen, die Kosten beziffern und die Verantwortung für sie übernehmen. Als nächster Schritt muss untersucht werden, wie wir mit diesen wichtigen Problemen umgehen können, um ein besseres Ergebnis für alle zu erzielen:
 - e. Gerechtigkeit muss im Vordergrund stehen. Entwicklungsländer brauchen für den Übergang zu nachhaltiger Entwicklung Zeit und technologischen Support. Wir müssen alle Mitglieder der Gesellschaft stärken – insbesondere Frauen, junge Menschen, Arbeitslose und die schwächsten und benachteiligten Gesellschaftsschichten. Wenn

wir den demografischen Vorteil richtig nutzen wollen, müssen wir junge Menschen in Gesellschaft, Politik, Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung integrieren.

- f. Jede ernsthafte Veränderung in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung erfordert Geschlechtergerechtigkeit. Die Hälfte der kollektiven Intelligenz und Kapazität der Menschheit ist eine Ressource, die es im Interesse vieler zukünftiger Generationen zu fördern und weiterzuentwickeln gilt. Die nächste Zuwachsrate des weltweiten Wachstums könnte durchaus durch umfassende wirtschaftliche Stärkung von Frauen ausgelöst worden sein.
 - g. Manche argumentieren, dass man nicht steuern kann, was nicht gemessen werden kann. Die internationale Gemeinschaft sollte Entwicklung nicht nur anhand des Brutto-sozialprodukts (BSP) messen und einen neuen, nachhaltigen Entwicklungsindex oder eine Reihe von Indikatoren erarbeiten.
 - h. Zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung werden umfangreiche neue Finanzquellen aus dem privaten und öffentlichen Sektor benötigt. Dazu müssen sowohl mehr öffentliche Mittel freigegeben, als auch globales und nationales Kapital genutzt werden, um Anreize für die Bereitstellung globalen privaten Kapitals zu schaffen. Öffentliche Entwicklungshilfe ist weiterhin von entscheidender Bedeutung für den nachhaltigen Entwicklungsbedarf von Ländern mit geringem Einkommen.
 - i. Regierungen müssen sich auf allen Ebenen weg vom Silo-Denken hin zum integrierten Denken und Handeln bewegen. Die nachhaltige Entwicklung muss einen oberen Platz auf ihrer Tagesordnung und ihrer Haushaltsplanung zugewiesen bekommen, und sie müssen sich mit innovativen Modellen internationaler Kooperation befassen. Dabei nehmen Städte und Gemeinden eine zentrale Rolle bei der Förderung einer wahrhaft nachhaltigen Entwicklung an der Basis ein.
 - j. Internationale Institutionen spielen eine entscheidende Rolle. Internationales politisches Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung muss dadurch gestärkt werden, dass bestehende Institutionen dynamischer genutzt und die Schaffung eines Globalen Rates für nachhaltige Entwicklung und die Festlegung nachhaltiger Entwicklungsziele in Betracht gezogen werden;
 - k. Regierungen und internationale Organisationen sollten mehr Ressourcen zur Reduzierung der Katastrophenrisiken und zur Anpassung an die Katastrophenauswirkungen aufbringen und eine stärkere Widerstandskraft in ihre Entwicklungsbudgets und Strategien integrieren;
 - l. Regierungen, Märkte und Menschen müssen über ihre kurzfristigen Geschäftsagenden und kurzfristigen politischen Zyklen hinaus blicken. Anreize, die momentan kurzfristiges Handeln begünstigen, sollten geändert werden. Nachhaltige Entscheidungen verursachen oft höhere Vorleistungen als der normale Geschäftsbetrieb. Sie müssen leichter zugänglich, bezahlbar und attraktiv sowohl für arme Konsumenten als auch für Länder mit geringem Einkommen gestaltet werden.
18. Die Kommission glaubt, dass unsere menschliche Gemeinschaft willens und in der Lage ist, eine Entscheidung für die Zukunft zu treffen. Die Kommission ist daher hoffnungsvoll. Alle großen Errungenschaften in der menschlichen Geschichte hatten ihren Ursprung in einer Vision, bevor sie Wirklichkeit wurden. Die Vision der globalen Nachhaltigkeit, die

sowohl zu robusten Menschen als auch zu einem robusten Planeten führt, macht darin keine Ausnahme.

19. 2030 wird ein Kind, das 2012 geboren wird – das Jahr der Veröffentlichung dieses Berichts – achtzehn Jahre alt. Werden wir in den Jahren, die dazwischen liegen, genug dafür getan haben, dass es die nachhaltige, faire und robuste Zukunft bekommt, die alle unsere Kinder verdienen? Dieser Bericht versucht, darauf eine Antwort zu geben.

ZUSAMMENFASSUNG DER KAPITEL DES BERICHTS

Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist kein Zielpunkt, sondern ein dynamischer Prozess der Anpassung, des Lernens und des Handelns. Es geht dabei um Wahrnehmung, Verständnis und Handeln hinsichtlich miteinander verwobener Prozesse – vor allem solcher zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und natürlicher Umwelt. Die Welt befindet sich noch nicht auf diesem Weg. Zwar wurden Fortschritte erzielt, doch sie waren weder schnell noch groß genug, und die Notwendigkeit weitreichenderer Maßnahmen wird immer dringender. Gleichzeitig stehen wir immer stärker wachsendem Druck für Veränderungen gegenüber, einschließlich der Auswirkungen des gegenwärtigen Produktions- und Konsumverhaltens und der Knappheit der Ressourcen, Innovation, demografischer Wandel, Veränderungen in der Weltwirtschaft, grünes Wachstum, wachsende Ungleichheit, sich verändernde politische Dynamik und Verstädterung.

Menschen stärken, damit sie nachhaltige Entscheidungen treffen können

Je größer unser Einfluss in der Gesellschaft ist, desto größer sind auch die Auswirkungen auf den Planeten, und umso größer ist unsere Verantwortung, nachhaltig zu handeln. Dies trifft heute mehr denn je zu, da Globalisierung und Beanspruchung unserer natürlichen Ressourcen zur Folge haben, dass die Entscheidungen des Einzelnen globale Konsequenzen haben. Für zu viele von uns besteht das Problem jedoch nicht darin, dass wir keine nachhaltigen Entscheidungen treffen, sondern dass wir zu wenige Wahlmöglichkeiten haben. Eine echte Wahl ist nur dort möglich, wo Menschenrechte, Grundbedürfnisse, menschliche Sicherheit und menschliche Robustheit sichergestellt sind. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören:

- Entwicklungsgrundlagen realisieren: internationale Verpflichtungen zur Beseitigung von Armut, Förderung der Menschenrechte, der menschlichen Sicherheit und der Gleichheit der Geschlechter
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung fördern, einschließlich höherer Schulbildung und Berufsausbildung. Es geht auch um die Förderung von Fertigkeiten, um sicherzustellen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft zu Lösungen für aktuelle Herausforderungen beitragen und von Chancen profitieren können
- Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, insbesondere für Frauen und junge Menschen, um grünes und nachhaltiges Wachstum zu fördern
- Konsumenten befähigen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen, und Förderung von individuellem kollektivem und verantwortungsvollem Verhalten
- Ressourcenmanagement und eine grüne Revolution im 21. Jahrhundert ermöglichen in den Bereichen Landwirtschaft, Ozeane und Küstensysteme, Energie und Technologie, internationale Kooperation
- Widerstandsfähigkeit durch starke Sicherheitsnetze, Katastrophenrisiken vermindern und Anpassungsmaßnahmen aufbauen.

Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen wir die Weltwirtschaft transformieren. Das wird nicht gelingen, wenn wir das Problem nur am Rande anpacken. Die gegenwärtige globale Wirtschaftskrise, die dazu führte, dass viele die Leistungsfähigkeit der bestehenden globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen infrage stellten, bietet eine Möglichkeit für umfassende Reformen. Sie gibt uns eine Chance, entschiedener auf grünes Wachstum hinzuarbeiten – nicht nur im Finanzsystem, sondern auch in der Realwirtschaft. In einer Reihe von Schlüsselbereichen werden politische Maßnahmen erforderlich, einschließlich:

- Integration von Sozial- und Umweltkosten in die Regulierung und Preisfindung von Gütern und Dienstleistungen und Überwindung von Marktversagen
- Erstellung eines Fahrplans für Anreize mit steigender Förderung langfristiger nachhaltiger Entwicklung bei Investitionen und Finanztransaktionen
- Aufstockung der Finanzmittel für nachhaltige Entwicklung einschließlich öffentlicher und privater Förderung und Partnerschaften zur Mobilisierung großer Volumen neuer Finanzmittel;
- Erarbeiten eines Nachhaltigkeits-Entwicklungsindex oder einer Reihe von Indikatoren zur verstärkten Messung von Fortschritten bei der nachhaltigen Entwicklung

Stärkung institutioneller Steuerung

Um Entwicklung nachhaltig zu gestalten, müssen effektive Rahmenleitlinien für Institutionen und Entscheidungsprozesse auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene erarbeitet werden. Wir müssen das Erbe an fragmentierten Institutionen, die sich nur mit einem „Silo“ befassen, überwinden; Defizite bei Führung und politischem Raum; mangelnde Flexibilität, sich an neue Herausforderungen und Krisensituationen anzupassen; und das häufige Unvermögen, Herausforderungen und Chancen vorausszusehen und zu planen – all dies untergräbt sowohl die politische Entscheidungsfindung als auch die Unterstützung vor Ort. Um staatliches Handeln, Kohärenz und Rechenschaftspflicht für nachhaltige Entwicklung auf nationaler und globaler Ebene zu verbessern, sind unter anderem folgende Maßnahmen vorrangig:

- Verbesserung der Kohärenz auf subnationaler, nationaler und internationaler Ebene
- Erarbeiten eines Pakets an nachhaltigen Entwicklungszielen
- Verfassen eines periodischen Prognoseberichts zur nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene, der Informationen und Einschätzungen zusammenfasst, welche derzeit auf die Institutionen verstreut sind, und sie ganzheitlich analysiert
- Eine neue Verpflichtung eingehen, um das internationale Gefüge neu zu beleben und zu reformieren, einschließlich der Überlegung, einen Globalen Rat für nachhaltige Entwicklung zu bilden

DIE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION

Die Kommission spricht 56 Empfehlungen aus, wie ihre Vision eines nachhaltigen Planeten, einer gerechten Gesellschaft und einer wachsenden Wirtschaft vorangebracht werden kann.

Empfehlungen, wie Menschen gestärkt werden können, um nachhaltige Entscheidungen zu treffen

1. Regierungen und internationale Geber sollten als oberste Priorität ihre Anstrengungen zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zur Beseitigung von Armut und Verminderung von Ungleichheit verstärken, um nachhaltige Entwicklung zu bewirken.
2. Regierungen sollten die Menschenrechte respektieren, schützen und sicherstellen, einschließlich des Rechts, an der Regierung direkt oder durch frei gewählte Vertreter beteiligt zu sein, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 und dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 zugesichert ist
3. Regierungen sollten die Umsetzung der Verpflichtungen für die Förderung der Gleichheit der Geschlechter und der Rechte von Frauen vorantreiben, auch durch die Aufhebung von diskriminierenden Gesetzen und der Beseitigung formaler Barrieren, institutioneller Reformen und der Erarbeitung und Anwendung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung informeller und kultureller Praktiken, welche Barrieren darstellen. Besonderes Gewicht sollte hierbei erhalten:
 - Frauen vollen und gleichen Zugang zu und Kontrolle über Produktionsmitteln ermöglichen, indem ihnen das gleiche Recht auf Besitz, Erbe und gleicher Zugang zu Krediten, Finanz- und Beratungsdienstleistungen entlang der kompletten Wertschöpfungskette gewährt wird;
 - Frauen gleiche Rechte und Chancen im politischen Entscheidungsprozess gewähren, die partizipativ, gerecht, an den Bedürfnissen und auf Integration ausgerichtet sind
 - Frauen universellen Zugang zu qualitativer und bezahlbarer Verhütung und weiteren Rechten im sexuellen und Familienplanungsbereich sowie Gesundheitsfürsorge gewähren
4. Regierungen sollten in Betracht ziehen, einen globalen Bildungsfonds zu schaffen. Dieser Fonds sollte so konzipiert sein, dass er von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und dem Privatsektor gefördert wird, der aus dem gegenwärtigen Fonds der Globalen Partnerschaft für Bildung der Weltbank hervorgeht, und die Aufgabe hat, die Lücke bei der Grundschulbildung bis 2015 zu schließen, sodass eine berechtigte Hoffnung besteht, das Millenniums-Entwicklungsziel Nummer Zwei zu erreichen.
5. Regierungen sollten stärkere Anstrengungen anstreben zur Erreichung des 2. Millenniums-Entwicklungsziels, das die Verwirklichung der universellen Grundschulbildung bis 2015 vorsieht. Sie sollten das Ziel vereinbaren, universellen Zugang zu qualitativer weiterführender und höherer Schulbildung bis spätestens 2030 zu ermöglichen, mit Schwerpunkt auf die Fertigkeiten und das Wissen, das für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze benötigt wird.
6. Regierungen, Privatsektor, Zivilgesellschaft und zuständige internationale Entwicklungspartner müssen gemeinsam Berufsausbildung, Qualifizierungsmaßnahmen und

berufliche Weiterentwicklung im Kontext des lebenslangen Lernens ermöglichen, um Qualifikationsengpässe in den für nachhaltige Entwicklung wichtigen Bereichen zu überwinden. Bei diesen Maßnahmen sollten Frauen, junge Menschen und besonders benachteiligte Gruppen bevorzugt werden.

7. Regierungen sollten "grüne Jobs" und eine Politik zugunsten menschenwürdiger Arbeitsbedingungen prioritär im Rahmen ihrer Strategien für nachhaltige Entwicklung fördern und umsetzen und günstige Bedingungen für neue Jobs im privaten Sektor schaffen.
8. Regierungen und Wirtschaft sollten Partnerschaften eingehen und jungen Start-Up-Unternehmern Hilfestellung leisten.
9. Arbeitgeber, Regierungen und Gewerkschaften sollten in einem gemeinsamen Ansatz Gleichberechtigung am Arbeitsplatz fördern, einschließlich der Akzeptanz der Prinzipien des Diskriminierungsverbots; Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, geschlechtersensitive Maßnahmen im Work-Life- und Gesundheitsbereich, Bildung, Ausbildung und berufliche Entwicklung speziell für Frauen und Minderheiten, und die Verpflichtung, die Fortschritte zu messen und öffentlich darüber Rechenschaft abzulegen.
10. Regierungen und Unternehmen sollten den wirtschaftlichen Nutzen erkennen, der durch die volle Teilhabe von Frauen in der Volkswirtschaft erzielt wird, und wirtschaftliche Strategien umsetzen, die explizit die spezifischen Probleme bekämpfen, welche Frauen einschränken, insbesondere:
 - a. Bäuerinnen Zugang zu Grund und Boden sowie Ressourcen ermöglichen;
 - b. Frauen Zugang zu Kapital und Finanzdienstleistungen ermöglichen;
 - c. Verbesserung des Marktzugangs durch Programme für Handel und technische Hilfen sowie Mikrokredite;
 - d. Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in Führungspositionen im öffentlichen und privaten Sektor unterstützen.
11. Regierungen und Behörden sollten offene, transparente, ausgewogene und wissenschaftlich fundierte Prozesse zur Entwicklung von Kennzeichnungsvorschriften und weiteren Mechanismen fördern, welche die Auswirkungen von Produktion und Konsum vollständig wiedergeben. Sie sollten auch mit dem Privatsektor dahingehend zusammenarbeiten, dass Kennzeichnung, Interessensvertretung und Unternehmensberichterstattung präzise, kosteneffizient und glaubwürdig sind, damit der Konsument gut informiert Entscheidungen treffen kann, insbesondere in Fällen mit großen Auswirkungen auf Mensch und Natur, ohne dass Handelsbarrieren aufgebaut werden.
12. Regierungen sollten Konsumenten nachhaltige Entscheidungen erleichtern, erschwinglicher und attraktiver machen, indem sie gemeinsam mit dem Privatsektor im Einklang mit der besten verfügbaren Technologie und ohne Handelsbarrieren aufzubauen, Standards für nachhaltige Produkte entwickeln und bei den Preisen sowohl positive als auch negative Anreize schaffen.

13. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung und nachhaltigen Konsums sollte von Regierungen und nichtstaatlichen Einrichtungen gefördert und in den Lehrplan von Grundschulen und weiterführenden Schulen integriert werden.
14. Die Kommission befürwortet eine Diskussion über die ethischen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung auf Basis einschlägiger Erfahrung und Instrumenten aller Interessensgruppen bei der 2012-er Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20), einschließlich der Erd-Charta, um Regierungen Informationen für den Übergang zu nachhaltiger Entwicklung bereitzustellen.
15. Regierungen und internationale Organisationen sollten an einer neuen grünen Revolution – einer "immergrünen Revolution" – für das einundzwanzigste Jahrhundert arbeiten. Diese hat zum Ziel, die Produktivität bei gleichzeitiger drastischer Verminderung des Ressourceneinsatzes und Vermeidung weiteren Rückgangs der Artenvielfalt, Verlusts der Ackerkrume und Versiegen und Verschmutzung des Wassers, mindestens zu verdoppeln. Durch erhöhte Investition in landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung soll sichergestellt werden, dass modernste Forschungsergebnisse auf dem schnellsten Weg vom Laboratorium auf das Feld gelangen. Dabei sollten die Regierungen die FAO beauftragen, in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern und Interessensgruppen diese Aufgabe zu initiieren und zu koordinieren, da diese Organisation das besondere Mandat innehat, das Nahrungsmitteldefizit in der Welt zu verringern.
16. Regierungen sollten eine Vereinbarung über globale Prinzipien für nachhaltige und verantwortungsbewusste Investitionsvereinbarungen für Wasser und Boden anstreben, die auch die laufenden Bemühungen umfasst, verantwortungsbewusste Agrarinvestitionen (Responsible Agricultural Investment, kurz: RAI) zu fördern, wobei der Schwerpunkt gleichzeitig auf der Sicherstellung nachhaltigen Umweltschutzes und auf dem Schutz der Rechte und des Lebensunterhalts armer Menschen liegen sollte, die von diesen Basisressourcen abhängig sind.
17. Regierungen sollten Programme für die Wasserwirtschaft einführen und ausbauen und dabei berücksichtigen, dass Wasser für verschiedene Bereiche benötigt wird, z. B. als Trinkwasser, im Sanitärbereich, in der Landwirtschaft, Industrie und in der Energieversorgung.
18. Regierungen sollten sich zur Einführung eines Rahmens für regionale Meeres- und Küstenbewirtschaftung für die wichtigsten Meeres-Ökosysteme verpflichten, auch durch:
 - a. Erweiterte Kooperationen mit den relevanten Interessensgruppen bei der Nutzung von Meeren und Küstengebieten,
 - b. Regionale Planungen für die Bewirtschaftung von Meeres- und Küstenzonen durch die Länder, wobei diese die spezifischen Bedürfnisse, Ökosysteme und Nutzer in den einzelnen Gebieten berücksichtigen, und Unterstützung durch solide Fördermechanismen zur Entwicklung und Umsetzung solcher Pläne.
 - c. Aufbau von Kapazitäten bei Leitern des Meeresmanagements, Politikern und Wissenschaftlern in Entwicklungsländern, insbesondere kleinen Insel- und Küstenstaaten;
 - d. Ausbau von Kontroll- und Überwachungssystemen.

19. Wo Fischerei-Organisationen regional tätig sind, sollten diese ihre Politiken und Praktiken im Rahmen einer regionalen Meeresbewirtschaftung abstimmen und Zusammenarbeit fördern. Regionale Fischereien, Regierungen und Überwachungsorganisationen für Fischerei und Küstenschutz sollten einen ökosystemorientierten Ansatz verfolgen, um dadurch verbesserten ökonomischen und ökologischen Nutzen zu erzielen.
20. Regierungen und zuständige Interessensgruppen sollten gemeinsam an der Sicherstellung des universellen Zugangs zu bezahlbarer nachhaltiger Energie bis zum Jahr 2030 arbeiten. Es sollten die Anstrengungen verdoppelt werden, die Energieeffizienz zu verbessern und den Anteil der Erneuerbaren Energie im globalen Energiemix zu erhöhen. Regierungen und internationale Organisationen sollten energiesparende Technologien und erneuerbare Energien durch Anreize für Forschung und Entwicklung und Investition in diese Technologien fördern.
21. Regierungen sollten eine Zusammenarbeit mit geeigneten Interessensgruppen anstreben, um insbesondere Bürgern in abgelegenen Gebieten bis 2025 Zugang zu Technologien zu ermöglichen, einschließlich Telekommunikations- und Breitbandnetzen.
22. Regierungen, internationale Finanzinstitute und Großunternehmen sollten dazu ermutigt werden, groß angelegte internationale Kooperationen für eine innovations- und technologiebasierte nachhaltige Entwicklung einzugehen, dadurch die technologischen Kompetenzen der Entwicklungsländer zu stärken und vollen Nutzen aus der potentiellen Rolle, die klimafreundliche Technologien im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Entwicklung einer grünen Wirtschaft spielen, zu ziehen. Die beim Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimawandel in Cancun und Durban erzielten Abkommen sind ein guter Schritt in diese Richtung.
23. Länder sollten durch geeignete nationale Anstrengungen und die Bereitstellung angemessener Kapazitäten, Finanzmittel und Technologie dafür Sorge tragen, dass alle Bürger Zugang zu grundlegenden Sicherheitsnetzen erhalten.
24. Regierungen sollten, wo notwendig, Strategien entwickeln und umsetzen, wie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Übergangs bewältigt und Widerstandsfähigkeit gestärkt werden können, insbesondere durch gezielte Maßnahmen und Strategien zur sozialen Absicherung und Erhöhung der humanitären Kapazitäten im Umgang mit steigenden Umweltbelastungen und möglichen Schocks.
25. Regierungen und internationale Organisationen sollten ihre Bemühungen vorantreiben, regionale Betroffenheits- und Anfälligkeitsanalysen zu erstellen. Dazu gehören auch angemessene Vorsorgestrategien, um negative Auswirkungen auf soziale und natürliche Systeme zu vermeiden, von denen die Menschen vollständig abhängen. Vorrang sollten dabei die besonderen Bedürfnisse Afrikas, kleiner Inselentwicklungsländer, der am wenigsten entwickelten Länder und der Binnenentwicklungsländer haben.
26. Regierungen und internationale Organisationen sollten die Ressourcen aufstocken, die zur Anpassung und Senkung des Katastrophenrisikos beitragen und mehr Widerstandskraft gegenüber Katastrophen in ihren Haushalts- und Strategieplanungen integrieren.

Empfehlungen für eine nachhaltige Wirtschaft

27. Regierungen sollten Preissignale setzen, die der Nachhaltigkeit einen Wert beimessen und als Richtschnur für Konsum- und Investitionsentscheidungen für Haushalte, Unternehmen und den öffentlichen Sektor dienen. Regierungen könnten insbesondere:
- a. Bis 2020 Preisinstrumente für natürliche Ressourcen und externe Effekte schaffen, einschließlich der CO₂-Preisgestaltung durch Mechanismen wie Besteuerung, Regulierung oder Emissionshandel.
 - b. Sicherstellen, dass in Politikkonzepten die positiven Auswirkungen berücksichtigt werden, die die Einbeziehung von Frauen, jungen und armen Menschen mit sich bringt, wenn ihre volle Teilnahme an und ihr Beitrag zur Wirtschaft gewährleistet wird und sie die Verantwortung für die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kosten tragen.
 - c. Das nationale Steuer- und Finanzsystem so reformieren, dass es sowohl langfristige Anreize für nachhaltige Praktiken, als auch Abschreckung für nicht nachhaltiges Verhalten enthält.
 - d. Nationale und internationale Zahlungsmodelle für Ökosystemleistungen in Bereichen wie Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft entwickeln und ausweiten
 - e. Preissignale bekämpfen, welche die Konsum- und Investitionsentscheidungen von Haushalten, Unternehmen und des öffentlichen Sektors verzerren und Nachhaltigkeitswerte untergraben. Regierungen sollten eine transparente Offenlegung aller Subventionen anstreben und jene ermitteln und abschaffen, die natürliche, ökologische und soziale Ressourcen am meisten beeinträchtigen.
 - f. Bis 2020 Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen lassen und andere abwegige oder wettbewerbsverzerrende Subventionen reduzieren. Die Subventionen sollen so reduziert werden, dass arme Menschen geschützt und der Übergang für betroffene Gruppen erleichtert wird, wenn die Produkte oder Dienstleistungen wesentlich sind.
28. Regierungen, andere öffentliche Einrichtungen wie Universitäten, und internationale Organisationen sollten nachhaltige Entwicklungskriterien für ihre Beschaffung mit dem Ziel erarbeiten, im Laufe der kommenden zehn Jahre zu einer kostengünstigen nachhaltigen Beschaffung überzugehen, und ab 2015 ihre gemachten Fortschritte in Jahresberichten publizieren.
29. Regierungen sollten Standards für die Produktion und Rohstoffgewinnung erarbeiten, um den Übergang zu einer nachhaltigen globalen Wirtschaft zu unterstützen. Weiterhin sollten sie auf breiter Basis die Einführung und Übernahme von freiwilligen Nachhaltigkeitsprinzipien durch Unternehmen fördern, die aus internationalen Vereinbarungen und Konventionen abgeleitet sind.
30. Regierungen sollten die Aufnahme langfristiger nachhaltiger Entwicklungskriterien bei Investitionen und Transaktionen, einschließlich Finanztransaktionen, die von Unternehmen durchgeführt werden, fördern und mit Anreizen versehen. Unternehmensgruppen sollten mit Regierungen und internationalen Organisationen bei der Entwicklung eines Rahmens für das Berichtswesen zur nachhaltigen Entwicklung zusammenarbeiten und dieses bei Un-

ternehmen mit einer Marktkapitalisierung von über 100 Millionen US-Dollar zwingend vorschreiben.

31. Unternehmen sollten ihre Geschäftspraktiken an den allgemein anerkannten Prinzipien für Menschenrechte, Arbeit, ökologische Nachhaltigkeit und der Bekämpfung der Korruption ausrichten, wie beispielsweise jene, die im Globalen Pakt festgelegt wurden.
32. Angesichts der Bedeutsamkeit großer privater und eigenstaatlicher Kapitalpools, die für den Übergang zu nachhaltiger Entwicklung benötigt werden, fordern wir die folgenden Einrichtungen auf, Maßnahmen zur Geltendmachung nachhaltiger Entwicklungskriterien zu ergreifen, darunter:
 - a. Die Verwaltungsräte von Staatsfonds und nationaler und internationaler öffentlicher Pensionsfonds sowie andere große Finanzinstitute, bei ihren Investitionsentscheidungen;
 - b. Regierungen oder Börsenaufsichten, durch Einführung oder Überarbeitung von Bestimmungen, welche die Anwendung der Kriterien fördern;
 - c. Börsen durch Analyse von Unternehmen und deren Compliance-Berichte, welche ihre Umsetzung erleichtern;
 - d. Regierungen durch Schaffung von Anreizen und eines positiven Umfelds sowie Sensibilisierung der Verwaltungsräte (treuhänderische Pflicht);
 - e. Regierungen und Ratingagenturen durch Integration der Kriterien in ihre entsprechende Risikoanalyse.
33. Regierungen, internationale Institutionen und internationale Entwicklungsbanken sollten sich verstärkt um die Förderung nachhaltiger Entwicklung bemühen und die Auswirkungen ihrer Politik im sozialen und ökologischen Bereich analysieren und überwachen. Multilaterale und regionale Entwicklungsbanken sowie Exportkreditagenturen sollten bei gleichzeitiger Berücksichtigung länderspezifischer Risiken die Kriterien für nachhaltige Entwicklung heranziehen.
34. Regierungen und Wirtschaft sollten strategische Partnerschaften miteinander und mit lokalen Gemeinschaften aufbauen, um nachhaltige Entwicklungsinvestitionen zu verwirklichen
35. Regierungen, internationale Finanzinstitute und Großunternehmen sollten gemeinsam Anreize für Investitionen in nachhaltige Technologien, Innovationen und Infrastrukturen schaffen, auch durch Verfolgen von Strategien und Zielsetzungen, die die Unsicherheit für Investoren vermindert; durch Stärkung von öffentlich-privater Netzwerke zur Förderung von Forschung und Entwicklung; durch Entwicklung von Risikogarantieprogrammen und die Bereitstellung von Risikokapital; und durch Finanzierung von Saatgut.
36. Regierungen sollten öffentliche Investitionen zur Schaffung von Rahmenbedingungen einsetzen, die sehr umfangreiche zusätzliche Finanzmittel aus dem Privatsektor katalysieren, z. B. durch Bereitstellung von Infrastruktur, Risikobeteiligungen, Mittel für Rentabilitätslücken, oder Vorabkaufverpflichtungen.
37. Regierungen sollten bestrebt sein, Anreize für Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu schaffen, indem sie zukunftsorientierte Kalkulationen der Investoren beeinflussen, insbesondere durch größeren Einsatz von Risikobeteiligungsmechanismen und größere Ge-

wissheit bezüglich langfristigen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. Als Maßnahmen kämen in Frage: beispielsweise Zielvorgaben für erneuerbare Energien oder Naturschutz, Wasserschutz, Zugang zu CO₂-Märkten über den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung des Kyoto-Protokolls oder nachhaltige Perspektiven für öffentliche Finanzierung.

38. Regierungen und der Finanzsektor sollten innovative Partnerschaften zur Schaffung von Kapazitäten und verstärktem Zugang zu Kapital bilden. Diese sollten als Mittel dienen, um Anreize für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen und ihnen eine Teilnahme an der neuen nachhaltigen Ökonomie zu ermöglichen.
39. Um die Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung messbar zu machen, sollte ein Index für nachhaltige Entwicklung oder eine Reihe von Indikatoren bis 2014 erarbeitet werden. Zu diesem Zweck sollte der Generalsekretär eine technische Arbeitsgruppe ins Leben rufen, die relevante Interessensgruppen umfasst.

Empfehlungen zur Stärkung institutioneller Steuerung

40. Als Basis für nachhaltige Entwicklung sollten Regierungen Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und die Bürgerrechte auf amtliche Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und Zugang zur Rechtspflege für alle gewährleisten.
41. Regierungen sollten jungen Menschen ermöglichen, an den Entscheidungsverfahren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene teilzunehmen und Einfluss zu nehmen. Zusätzlich sollten Konsultationsverfahren und der Dialog gefördert werden, damit Stimmen aus nichtkonventionellen Netzwerken und Jugendcommunities wie Internetforen und meinungsbildenden Blogs mit einbezogen werden.
42. Regierungen sollten unter der Führung des Regierungschefs oder des Staatsoberhauptes Probleme der nachhaltigen Entwicklung regierungsweit angehen und dabei sämtliche relevanten Ministerien sektorübergreifend bei der Lösung solcher Probleme einbeziehen.
43. Regierungen und Parlamente sollten nachhaltige Entwicklung in ihre Strategien, ihre Gesetzgebung und insbesondere in ihre Haushaltsplanungen integrieren. Dazu sollten sie die ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen bei Themen wie Beseitigung von Armut, Schaffung von Arbeitsplätzen, Verringerung sozialer Ungleichgewichte, nicht nachhaltiges Konsumverhalten und Produktionsverfahren, Energie, Klimawandel, Artenvielfalt und grünes Wachstum berücksichtigen. Möglichkeiten sollten gesucht werden, um spezifische Nachhaltigkeitsaspekte in die Haushaltskontrolle zu integrieren, die einschlägigen Maßnahmen öffentlich bekanntzugeben und den Bürgern den Haushalt offenzulegen.
44. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Verbindung zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Wissenschaft zu verstärken, damit eine informierte politische Entscheidungsfindung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung ermöglicht wird. Vertreter aus dem Bereich der Wissenschaft könnten als Mitglieder oder Berater in den zuständigen innerstaatlichen oder lokalen Einrichtungen, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung beschäftigen, eingesetzt werden.
45. Die Kommission erkennt das universelle Streben nach nachhaltiger Entwicklung an. Sie erkennt auch an, dass es eine Vielfalt an nationalen Gegebenheiten und sozialer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen gibt. Die Kommission fordert ein Verfahren zur

Untersuchung der kritischen Frage der Gerechtigkeit bei Konzeption und Anwendung der nachhaltigen Entwicklung, und möchte das Ergebnis in den Rio+20-Prozess und dessen Fortsetzung einbringen.

46. Bilaterale Geber, internationale Institutionen und Entwicklungsbanken sollten größere Anstrengungen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf ganzheitliche Art unternehmen und die Auswirkungen ihrer nachhaltigen Entwicklungspolitik überwachen sowie regelmäßig darüber Rechenschaft ablegen.
47. Da die internationale nachhaltige Entwicklungspolitik fragmentiert und insbesondere der Umweltschutz schwach ausgeprägt ist, sollte UNEP gestärkt werden.
48. Regierungen sollten sich darauf verständigen, die wichtigsten universellen Ziele zur nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten, welche alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung und ihre Querverbindungen umfassen. Diese Ziele sollten individuelle und kollektive Aktionen dynamisch fördern und die Millenniums-Entwicklungsziele ergänzen sowie gleichzeitig einen Arbeitsrahmen für die Zeit nach 2015 vorsehen. Der Generalsekretär sollte einen Expertenmechanismus einrichten, welcher die Ziele vor ihrer Annahme durch Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen näher ausarbeitet und verfeinert.
49. Die Kommission schließt sich der Initiative "Nachhaltige Energie für Alle" des Generalsekretärs an, die unverzüglich umgesetzt werden sollte.
50. Der Generalsekretär sollte gemeinsam mit den Leitern der zuständigen internationalen Organisationen, einschließlich UN-Agenturen, internationale Finanzinstitutionen, Privatsektor und anderen Interessensgruppen, einen regelmäßigen globalen Prognosebericht über nachhaltige Entwicklung erstellen, der Informationen und Analysen zusammenführt, welche gegenwärtig noch über die Institutionen verstreut sind, und sie ganzheitlich analysiert.
51. Regierungen und Wissenschaft sollten praktische Schritte unternehmen, darunter den Start einer bedeutenden globalen wissenschaftlichen Initiative, um die Nahtstelle zwischen Politik und Wissenschaft zu stärken. Diese sollten die Erstellung von regelmäßigen Analysen und Zusammenfassungen zu wissenschaftlichen Themen wie "Grenzen des Planeten", "Kipp-Punkte" sowie "ökologische Schwellenpunkte" im Kontext der nachhaltigen Entwicklung umfassen. Es würde andere wissenschaftliche Arbeit für nachhaltige Entwicklung einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Aspekte ergänzen, und so die Daten und das Wissen um sozio-ökonomische Faktoren wie Ungleichheit verbessern. Weiterhin sollte der Generalsekretär einen obersten wissenschaftlichen Berater oder einen Wissenschaftsrat mit Wissen und Erfahrung aus verschiedenen Bereichen ernennen, welcher ihn oder sie sowie weitere UN-Organe beraten kann.
52. Regierungen sollten die Gründung eines Globalen Rats für nachhaltige Entwicklung in Betracht ziehen, um die Integration der drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung zu verbessern, auftretende Probleme anzugehen, und Fortschritte bei der Nachhaltigkeit zu kontrollieren. Der Rat sollte fortlaufend regelmäßige Sitzungen über das Jahr hinweg abhalten. Diese Einrichtung könnte ein Nebenorgan der Generalversammlung sein und würde die Kommission für nachhaltige Entwicklung ersetzen. Die geografische Herkunft und die politische Zugehörigkeit der Mitglieder müsste breit gefächert und die zuständigen internationalen Institutionen – einschließlich der UN-Agenturen und der internationalen Finanzinstitute – und nichtstaatliche Akteure aus Zivilgesellschaft, Privatsektor und Wissenschaft uneingeschränkt vertreten sein.

53. Dieser Rat würde einen Peer-Review-Mechanismus entwickeln, welcher die Staaten im konstruktiven Geist ermutigt, ihre Vorgehensweise zu erklären, Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnisse auszutauschen und ihren Verpflichtungen nachzukommen.
54. Regierungen sollten bestehende Institutionen dynamischer nutzen und die Zeitspanne zwischen der Rio+20 Konferenz im Jahr 2012 und dem Jahr 2015 für bewusste Überprüfungen und zum Experimentieren nutzen, um getestete Lösungen in einen Entwicklungsrahmen nach 2015 und institutionelle Reformen einbringen zu können.
55. Der Generalsekretär sollte die Erarbeitung einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie für das System der Vereinten Nationen beschleunigen und damit einen Beitrag zu Kohärenz und besser definierten Verantwortlichkeiten in den UN-Organen leisten, Überschneidungen und Doppelzuständigkeiten reduzieren und die Rechenschaftspflicht für die Umsetzung verbessern. Die Strategie sollte von allen zuständigen UN-Organen und Verwaltungsräten geprüft werden, und es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, eine gemeinsame Sichtweise für alle Länder zu erarbeiten, die für alle Räte und Prozesse gültig ist.
56. Der Generalsekretär sollte die Vereinten Nationen als Treffpunkt der Welt in vollem Umfang ausnutzen und einen regelmäßigen hochrangigen Austausch über nachhaltige Entwicklung einberufen, wenn sich Führungspersonlichkeiten anlässlich der Eröffnung einer neuen Tagung der Generalversammlung treffen. Derartige Treffen sollten dafür genutzt werden, um die Agenda festzulegen und neu aufgetretene Probleme anzusprechen, indem Staats- und Regierungschefs, Leiter internationaler Institutionen und Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors zusammengeführt werden.

AKTIONSAUFRUF

Nun ist aktives Weiterverfolgen von entscheidender Bedeutung. Die Kommission zählt darauf, dass der Generalsekretär die Empfehlungen umsetzt, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, und dass er die Gesamtheit der Empfehlungen allen Einrichtungen der Vereinten Nationen vorstellt. Auch erwartet die Kommission vom Generalsekretär und den Vereinten Nationen, die Macht der Organisation, Versammlungen einzuberufen, dazu zu nutzen, die Empfehlungen weiteren Interessensgruppen in der breiteren internationalen Gemeinschaft, einschließlich aller Regierungsebenen, internationaler Organisationen, der Zivilgesellschaft, der wissenschaftlichen Gemeinschaft und dem Privatsektor nahezubringen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUR HOCHRANGIGEN GRUPPE ZU GLOBALER NACHHALTIGKEIT

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon rief im August 2010 die Hochrangige Gruppe zu Globaler Nachhaltigkeit ins Leben.

Der Generalsekretär bat die Kommissionsmitglieder, in ihrer Eigenschaft als Sachverständige über eine neue Vision des nachhaltigen Wachstums und Wohlstands sowie über Mechanismen zur deren Umsetzung zu reflektieren und sie zu formulieren.

Die Kommission setzte sich aus Einzelpersonen zusammen, die einen außergewöhnlichen Beitrag zu den betrachteten Problemen geleistet haben. Dazu gehörten:

KOVORSITZENDE DER KOMMISSION

- Tarja Halonen, Präsidentin von Finnland
- Jacob Zuma, Präsident von Südafrika

WEITERE MITGLIEDER (IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE):

- Scheich Abdullah bin Zayid Al Nahyan, Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate
- Hajiya Amina Az-Zubair, frühere Leitende Persönliche Assistentin und Beraterin des nigerianischen Präsidenten zu den Millenniums-Entwicklungszielen
- Ali Babacan, Stellvertretender Ministerpräsident der Türkei
- James Laurence Balsillie, Ratsvorsitzender des Centre for International Governance Innovation, Kanada, und früherer Co-CEO von Research in Motion
- Alexander Bedritsky, Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, Klima-Sondergesandter und emeritierter Präsident der World Meteorological Organization
- Gro Harlem Brundtland, frühere Premierministerin Norwegens, frühere Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation, und Vorsitzende der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung
- Micheline Calmy-Rey, frühere Bundespräsidentin und frühere Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz
- Julia Carabias Lillo, Umweltschützerin und frühere Umweltministerin Mexikos

- Gunilla Carlsson, Ministerin für Internationale Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium Schwedens
- Luisa Dias Diogo, Abgeordnete und frühere Premierministerin von Mosambik
- Han Seung-soo, Vorstandsvorsitzender des Global Green Growth Institute und früherer Premierminister der Republik Korea
- Yukio Hatoyama, Mitglied des Unterhauses und früherer Premierminister Japans
- Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz und frühere Umweltministerin sowie Ministerin für Klima und Energie
- Cristina Narbona Ruiz, Kongressmitglied, frühere Ständige Vertreterin der OECD und frühere Umweltministerin Spaniens
- Jairam Ramesh, Minister für Ländliche Entwicklung, Indien
- Susan E. Rice, Ständige Vertreterin bei den Vereinten Nationen und Kabinettsmitglied des Präsidenten der Vereinigten Staaten
- Kevin Rudd, Außenminister und früherer Premierminister Australiens
- Freundel Stuart, Premierminister von Barbados
- Izabella Mônica Vieira Teixeira, Umweltministerin Brasiliens
- Zheng Guoquan, Administrator der China Meteorological Administration

(EX-OFFICIO)

- Janos Pasztor, Exekutivsekretär der Hochrangigen Gruppe zu Globaler Nachhaltigkeit des Generalsekretärs der Vereinten Nationen

WEITERE INFORMATIONEN ZUR ARBEIT DER KOMMISSION

Der vollständige Bericht der Kommission „Robuste Menschen, robuster Planet, für eine lebenswerte Zukunft“ sowie Informationen zu den Aktivitäten der Kommission finden Sie hier: www.un.org/gsp.

Die E-Mail-Adresse des Sekretariats der Hochrangigen Gruppe zu Globaler Nachhaltigkeit lautet: gsp-secretariat@un.org.

Copyright © 2012 Vereinte Nationen